

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
202 · Ausgabe BL·BS · Oktober 2022



Energiekrise in der Region Basel



Am 7. September 2022 titelte die Basellandschaftliche Zeitung: «Die Zeitenwende erreicht die Schweiz». Tatsächlich befinden wir uns in einer Energiekrise, wie wir sie seit dem Ölembargo im Zusammenhang mit dem Nahostkrieg in den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts nicht mehr erlebt haben.

Unzuverlässige Atomkraft als Auslöser der Krise

Ursprünglicher Auslöser der aktuellen Energiekrise ist der massive Ausfall dutzender französischer Atomkraftwerke im Verlaufe des Jahres 2021. Dies führte zu einer Verknappung und Verteuerung des Stroms in Europa. Da der Ausfall der französischen AKW zu einem grossen Teil mit Gaskraftwerken kompensiert wurde, führte dies indirekt auch zu einer Verknappung und Verteuerung des Erdgases. Die Probleme der französischen Atomkraft verschärften sich 2022 sogar noch weiter. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ab Februar führte auf der Angebotsseite zusätzlich zu einer Verknappung des Erdgases und wirkte auf die Energiepreise wie ein Booster. Für die Schweiz führt das fehlende Stromabkommen mit der EU zu weiteren Unsicherheiten in Bezug auf die zukünftigen Stromlieferungen aus Europa.



Daniel Sägger, Grossrat BS



Thomas Noack, Landrat BL

Absurde Schuldumkehr der SVP

Vor allem die SVP versucht aus der Situation politisches Kapital zu schlagen. Die dreiste Behauptung, die Energiestrategie 2050 sei schuld an der jetzigen Situation, ist eine absurde Schuldumkehr. Jede einzelne durch die Energiestrategie ausgelöste Massnahme hat die jetzige Situation entschärft. Ferner hat die 2017 verabschiedete Energiestrategie bisher alle Zwischenziele erreicht bzw. übertroffen. Will man die Energiestrategie kritisieren, muss man konsequenterweise bemängeln, dass sie zu wenig ambitioniert war und wir deshalb heute noch zu stark von der Atomkraft und fossilen Energieträgern abhängig sind. Ambitioniertere Ziele und Massnahmen waren jedoch nicht mehrheitsfähig, aufgrund des bürgerlichen Widerstandes, allen voran der SVP.

Eine nachhaltige Energieversorgung zahlt sich aus

Dass sich ein hoher Anteil einheimischer erneuerbarer Energien aus-

zahlt, zeigt auch der Blick auf die kürzlich publizierten Strompreise der regionalen Anbieter. Primeo Energie, die 70–80% des Stroms der Grundversorgung auf dem internationalen Strommarkt einkauft, muss die Strompreise für das Jahr 2023 um 50% erhöhen. Die IWB hingegen produziert den Grossteil ihres Grundversorgungsstroms aus erneuerbaren Quellen mit eigenen Kraftwerken in der Schweiz, deshalb ist ihre Preiserhöhung per 2023 vergleichsweise gering. Ab 2023 ist bei der IWB der Strom (unter Berücksichtigung der Rückverteilung der Basler Lenkungsabgabe) für Haushalte erstmals seit vielen Jahren sogar deutlich günstiger als bei Primeo Energie.

Unser Fazit

Die SP fordert seit Jahren Energieeffizienz, Dekarbonisierung von Verkehr und Wärmeversorgung sowie den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere Photovoltaik und Windkraft. Das war bisher die richtige Strategie und ist auch für die nächsten Jahre der richtige Ansatz. Weiter müssen wir schnellstmöglich aus der gefährlichen und unzuverlässigen Atomkraft aussteigen, und die Schweiz braucht endlich ein Stromabkommen mit der EU.

Fünf Ideen für ein soz

Fünf Kernthemen, fünf Initiativ-Vorschläge. Nachdem der Parteivorstand im Frühjahr fünf Arbeitsgruppen eingesetzt hatte, in denen sich alle Mitglieder der SP Basel-Stadt einbringen konnten, entscheidet nun das öffentliche Voting darüber, welche Initiative lanciert werden soll.

Die Forderungen zu den Themenfeldern «Gesundheitskosten», «Aufwertung der Berufsausbildung», «Erbschaftssteuer», «Direktabzug der Steuern» und «aktive Bodenpolitik» wurden basisdemokratisch in einem mehrstufigen Prozess ausgearbeitet. Mitte September hat der Parteivorstand entschieden, alle fünf Projekte ins öffentliche Voting aufzunehmen. Der Auswahlprozess läuft bis Ende dieses Jahres. Anfang 2023 wird feststehen, welche Initiative die SP Basel-Stadt lanciert.

Wir haben in diesem Prozess von unserer zentralen Stärke – der Vielfalt und dem breiten Know-how unserer Mitglieder – profitiert und generationenübergreifend Initiativ-Ideen entwickelt. Wir sind gespannt, welche Initiative im Voting die Nase vorn haben wird.

Das Präsidium: Jessica Brandenburger, Lisa Mathys, Marcel Colomb und Stefan Wittlin



Schluss mit steigender Prämienlast

Die steigenden Krankenkassenprämien sind für viele Menschen ein grosses Problem. Wir wollen, dass kein Haushalt mehr als 10% des verfügbaren Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben muss.

Die Krankenkassenprämien sind in den letzten Jahren stark gestiegen und ein Ende der Preisspirale ist nicht in Sicht. Basler:innen bezahlen im Vergleich zum Schweizer Durchschnitt deutlich mehr für die monatliche Prämie. Wir finden: Die monatliche Krankenkassenprämie darf höchstens 10 Prozent des Einkommens betragen.



Für existenzsichernde Weiterbildungsbeiträge

Die Arbeitswelt wandelt sich rasant und macht berufliche Neuorientierungen unumgänglich. Für Weiterbildungen und Umschulungen wollen wir deshalb existenzsichernde Beiträge einführen.

Kaum jemand arbeitet heutzutage noch 30 oder 40 Jahre lang im gleichen Job. Alte Berufe verschwinden, neue entstehen. Wer sich einer neuen beruflichen Herausforderung stellen muss oder will, muss sich meist neues Know-how aneignen und sich weiterbilden. Wir wollen, dass die finanzielle Situation nicht darüber bestimmt, ob eine berufliche Neuorientierung möglich ist.



Seit September 2022 bin ich Teil des Sekretariatsteams in Basel-Stadt und werde dieses bis November 2023 unterstützen. Mich kannst du an einer der Delegiertenversammlungen oder sonstigen Veranstaltungen der SP Basel-Stadt antreffen, vielleicht begegnen wir uns digital oder telefonisch in der Kampagnen- oder anderen Arbeit der Partei. Aktuell bin ich am Abschluss meines Masterstudiums in Politikwissenschaften und Geschlechterforschung. Ausserdem leite ich regelmässig Frauenstadtrundgänge und bin auch sonst häufig in der Stadt anzutreffen. Ich freue mich sehr auf die Arbeit im Sekretariat, die neuen Begegnungen und den gemeinsamen Aktivismus für die Sozialdemokratie!

Tomoko Latteier, Mitarbeiterin des Parteisekretariats

Kurz vor Druck dieser Zeitung, aber nach Redaktionsschluss hat uns die Nachricht von Mathias Feldges' Tod erreicht. Ein Nachruf wird folgen.

iales Basel

BESTIMME MIT!

Ab sofort kannst du deine Stimme für eines der fünf Projekte abgeben:
www.basel-mitgestalten.ch



Erbschaften gerecht besteuern

Grosse Vermögenswerte werden vererbt, ohne dass die Erbenden dafür etwas geleistet haben. Die übermässige Vermögenskonzentration bleibt bestehen und nimmt sogar zu. Die Einführung einer Erbschaftssteuer fördert den sozialen Ausgleich und entlastet tiefe und mittlere Einkommen.

In der Schweiz werden rund 95 Milliarden Franken, in Basel-Stadt zwischen 2,5 und 3,0 Milliarden Franken pro Jahr vererbt. Zu einem grossen Teil wird dieser Betrag an die direkten Nachkommen vererbt, die in Basel-Stadt keiner Erbschaftssteuer unterliegen. Wir wollen eine Erbschaftssteuer mit einem Freibetrag einführen. Mit den Einnahmen aus der Erbschaftssteuer sollen die Einkommenssteuern gesenkt und so die unteren und mittleren Einkommen entlastet werden.



Schuldenfrei dank Direktabzug

Wer nicht schon vorsorglich ans Steueramt einbezahlt hat, erhält einmal im Jahr eine grosse Rechnung, die oft nicht beglichen werden kann. Wir wollen, dass die Steuern direkt vom Lohn abgezogen werden, damit sich weniger Menschen verschulden.

Mit einem Direktabzug werden die Steuern direkt vom Nettolohn abgezogen. Der Direktabzug soll dazu beitragen, Schulden, Notlagen und administrative Leerläufe wegen unbezahlter Steuern zu vermeiden.



Keine Spekulation mit unserem Boden

Um den städtischen Boden der Spekulation zu entziehen, wollen wir ein Vorkaufsrecht für Basel einführen. Damit kann die Stadt Grundstücke erwerben, so der Bodenspekulation entgegenwirken und für bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum sorgen.

Der städtische Boden ist eine knappe Ressource, und wir alle sind darauf angewiesen. Denn wir alle arbeiten und wohnen hier. Seit Jahrzehnten steigen die Mieten schneller als die Löhne und Renten. Mit einem Vorkaufsrecht für Basel wollen wir den Boden der Spekulation durch Immobilienkonzerne entziehen und bezahlbaren Raum für Wohnen und Gewerbe sichern. In Zeiten von Wohnungsnot soll ausserdem der Kaufpreis limitiert werden.

AGENDA SP BS

- Samstag, 1. Oktober 2022, 10 Uhr
Sessionsrückblick
Online
- Samstag, 22. Oktober 2022, nachmittags
Regionaler SP-Austausch
- Montag, 31. Oktober 2022, 19.30 Uhr
Themenabend zur geschlechtlichen Vielfalt
Grosser Saal,
Gewerkschaftshaus
- Montag, 31. Oktober 2022, 20 Uhr
ABGESAGT:
Reserve-Delegierten-
versammlung DV

Veranstaltungen der SP Basel-Stadt werden jeweils auch im Newsletter am Dienstag per Mail angekündigt. Die Agenda auf der Website www.sp-bs.ch wird laufend aktualisiert und enthält nebst den kantonalen Terminen auch jene von anderen SP-Organen.

Die Bürgergemeinde Basel muss ein soziales und nachhaltiges Gemeinwesen bleiben

Im Juni 2023 wählen die Bürger:innen der Stadt Basel ihr Parlament neu. Die Stimme der SP ist in dieser bürgerlich geprägten Institution besonders wichtig.

Alex Klee, Fraktionspräsident

Die Bürgergemeinde der Stadt Basel nimmt im Staatsgefüge von Basel-Stadt eine besondere Stellung ein. Da die Einwohnergemeinde Basel keine eigenen Strukturen – kein Parlament, keine Exekutive, keine Steuerhoheit – aufweist und die kommunalen Angelegenheiten vom Regierungsrat und dem Grossen Rat quasi «mit-erledigt» werden, können die Stimmberechtigten in Basel, anders als in der restlichen Schweiz, nur auf zwei Staatsebenen mitreden: beim Kanton und beim Bund.

Ungünstiges politisches Kräfteverhältnis

Die rund 50 000 Menschen, die in Basel leben und auch das städtische Bürgerrecht innehaben, dürfen zudem in der Institution «Bürgergemeinde» mitwirken. Deren Parlament, der Bürgergemeinderat, tritt viermal im Jahr zu einer halbtägigen Sitzung im Bürgergemeinderatssaal im Stadthaus zusammen. Mit zwölf Mitgliedern stellt die SP die mit Abstand grösste Fraktion. Rot-Grün ist jedoch mit 17 von 40 Sitzen in der Minderheit. In der siebenköpfigen Exekutive, dem Bürgerrat, ist die SP mit zwei Mitgliedern vertreten. Daneben sind FDP, LDP, Mitte und GLP je mit einem Mitglied im Bürgerrat. Dem Grünen Bündnis wurde der Sitz trotz rechnerischem Anspruch bislang verwehrt. Die Minderheitsposition von Rot-Grün in der Bürgergemeinde ist in den politischen Entscheiden deutlich spürbar. Wir haben alle sechs Jahre

die Chance dies zu ändern. Im Juni 2023 ist es wieder so weit: Die Wahlen stehen an.

Wirkungsbereich der Bürgergemeinde

Die Arbeitsschwerpunkte der Bürgergemeinde liegen in den Bereichen Soziales, Einbürgerung und Integration sowie Natur und Umwelt. Der Forstbetrieb der Bürgergemeinde bewirtschaftet eine Waldfläche von 700 Hektar – also fast 1000 Fussballfeldern. Zusammen mit dem Bürgerspital Basel (BSB), dem Bürgerlichen Waisenhaus und der Christoph Merian Stiftung (CMS) engagiert sich die Bürgergemeinde für ein gelingendes Zusammenleben in der Stadt. Das BSB bietet Menschen im Alter selbstbestimmtes Wohnen mit Service sowie Pflege nach hohen Standards. Zudem richtet es sich an Menschen mit Behinderung: mit angepassten Arbeitsplätzen, passenden Wohnformen sowie Abklärungen und Ausbildungen für eine berufliche Perspektive. Das Waisenhaus ist heute ein nach modernen sozialpädagogischen Grundsätzen geführtes Kinder- und Jugendheim. Auch mehrere Gastrobetriebe (u. a. das Hotel Waldhaus in Birsfelden, das Stadthauscafé oder das «Goldige Lamm») und eine namhafte Anzahl Liegenschaften gehören zur Bürgergemeinde.

Die Bürgergemeinde verfügt dabei nicht über Steuereinnahmen, weshalb ihre Aufgaben kostendeckend erfüllt werden müssen.

Mit insgesamt über 1600 Mitarbeitenden (davon über 1500 beim BSB) zählt die Bürgergemeinde zu den grösseren Arbeitgeber:innen Basels.

Erfolge aus der Opposition

Die Oppositionsrolle der SP ist keine einfache Aufgabe – wichtig ist sie gleichwohl, z. B. beim Engagement für faire Arbeitsbedingungen des Personals (mehrheitlich Frauen) oder in den Bereichen Gleichstellung oder Nachhaltigkeit. Zu unseren Erfolgen in der letzten Zeit gehören u. a. folgende Beschlüsse:

- Der Bürgerrat wird verpflichtet, noch 2022 eine verbindliche Klimaschutzstrategie vorzulegen und danach regelmässig über die Umsetzung zu berichten.
- Die Bürgergemeinde wird Fair-Trade-Town-Partner.
- Im Einbürgerungsverfahren können einkommensschwache Gesuchstellende von Gebühren der Bürgergemeinde entbunden werden.
- Der Bürgerrat hat, unter dem Eindruck eines von der SP in Auftrag gegebenen Rechtsgutachtens der Universität Bern, endlich die Reglemente der Zünfte und Ehrengesellschaften revidiert, so dass das Aufnahmeverfahren künftig, nach Jahrhunderten der «Männerherrschaft», auch Frauen offensteht.

Am 18. Juni 2023 finden die Gesamterneuerungswahlen statt. Die Bürgergemeinde Basel mag mit ihren Partizipationsregeln wie aus der Zeit gefallen wirken. Solange es sie gibt, wollen wir aber darauf hinwirken, dass sie ein soziales, nachhaltiges Gemeinwesen ist. Wir brauchen also weiterhin eine engagierte und starke Vertretung im Parlament und im Bürgerrat. Werde Teil davon und kandidiere für einen der 40 Sitze im Juni 2023!



Gruppenbild der SP-Fraktion beim Jahresessen 2019.

WIRKE MIT IN DER BÜRGERGEMEINDE

Wir stellen 40 Kandidierende für die SP-Liste auf. Denn nur mit einer starken SP-Fraktion können wir auch in der Bürgergemeinde soziale und nachhaltige Anliegen durchbringen und verteidigen. Melde dich bei Interesse bei Julia Baumgartner (061 685 90 21, julia.baumgartner@sp-bs.ch)

Nein zu neuen Steuerprivilegien für 331 Multimillionär:innen!

Die Baselbieter Steuerpolitik folgte in den letzten Jahren vor allem einem Motto: Wer hat, dem wird gegeben. Superreiche und Unternehmen haben seit der Jahrtausendwende jährliche Steuergeschenke im Wert von über 200 Millionen Franken erhalten. Für alle anderen gab es Abbau bei der Bildung, Mehrkosten für den öffentlichen Verkehr und den Gesundheitsbereich.

Diesen September hat die rechte Landratsmehrheit noch einen draufgesetzt: Die Vermögenssteuern für die Reichsten sollen gesenkt werden. Jene, welche in den letzten 20 Jahren immer wieder von neuen Steuerprivilegien profitiert haben, sollen ein weiteres Multi-Millionen-Steuer Geschenk erhalten.



Ronja Jansen, Landrätin

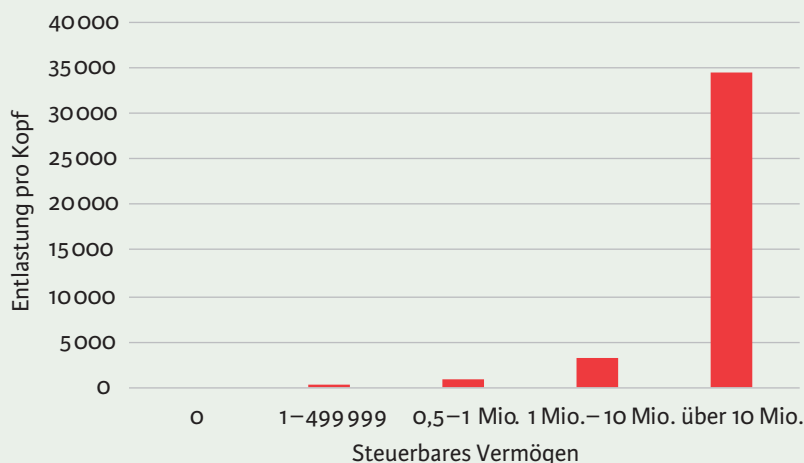
Die SP-Fraktion hat diese ungerechte und verantwortungslose Steuersenkung im Landrat entschieden bekämpft. Dabei ist der Bedarf nach einer Reform der Vermögensbesteuerung grundsätzlich unbestritten: Der Kanton Baselstadt bewertet Vermögenswerte wie Immobilien und Wertschriften heute strukturell zu tief. Dies hat zur Folge, dass Vermögen heute weit tiefer besteuert werden, als es aufgrund der Steuersätze den Anschein macht. Dieser Missstand gehört korrigiert. Die SP hat dabei Hand geboten für einen Kompromiss ohne Steuergeschenke oder Steuerausfälle, doch davon wollte die rechte Mehrheit nichts wissen.

Je reicher, desto grösser das Steuergeschenk

Das Resultat ist die vorliegende Vermögenssteuerreform, welche jährliche Steuerausfälle von rund 42 Millionen Franken verursacht. Rund 90% des Geldes landet in den Taschen der reichsten 10%. Besonders stark profitieren dabei die 331 reichsten Menschen im Kanton, welche ein jährliches Steuergeschenk von 34 500 Franken pro Kopf erhalten sollen. Gleichzeitig gehen 125 000 Baselbieter:innen leer aus und werden mit keinem Franken entlastet.

Für die SP ist klar: Die Reform kommt den Falschen zugute und verhindert öffentliche Investitionen, welche heute dringlicher sind denn

Wer profitiert pro Kopf wie stark?



je. Während das reichste Hundertstel inzwischen fast die Hälfte der Gesamtvermögen im Baselbiet besitzt, lastet der Druck auf Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen immer schwerer. Die Krankenkassenprämien und die Mieten steigen seit Jahren ungebremst an. Seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine hat sich die Situation zusätzlich verschärft: Die Teuerung, die steigenden Strompreise und die zunehmenden Heizkosten drohen die Kaufkraft der normalverdienenden Bevölkerung empfindlich zu schwächen und unzählige Menschen in die Armut zu drängen. So kann es nicht weitergehen. Gerade in diesen Zeiten wäre eine Entlastung der tiefen und mittleren Einkommen überfällig.

Doch mit der Vermögenssteuer-Vorlage soll nun das Gegenteil geschehen. Die Reichsten profitieren von Steuergeschenken, während die normalverdienende Bevölkerung die

Kosten trägt, indem wichtige Investitionen in bezahlbare Kinderbetreuung, Prämienverbilligungen oder den Ausbau von erneuerbaren Energieträgern einmal mehr auf die lange Bank geschoben werden.

Mit dem Volk gegen neue Steuerprivilegien

Gegen diese Politik auf dem Buckel der Menschen mit tiefem und mittlerem Einkommen werden wir uns auch in den nächsten Wochen vehement wehren. Am 27. November kommt die ungerechte Vermögenssteuer-Vorlage zur Abstimmung. Für ein klares Nein braucht es das Engagement von uns allen. Dabei geht es um weit mehr als die vorliegenden neuen Steuerprivilegien, denn die Regierung plant schon heute die nächste Vermögenssteuersenkung für Multimillionär:innen. Machen wir ihr ein für alle Mal klar: Schluss mit Steuerpolitik für die Reichsten!

AUSSCHREIBUNG BILDUNGSRAT

Für die Amtsperiode vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027 kann die SP Baselland jemanden für den Bildungsrat vorschlagen. Der Bildungsrat besteht aus 12 Mitgliedern (3 Vertreter:innen der Lehrer:innenkonferenz, je 2 Vertreter:innen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie je einer Vertretung der Parteien mit den fünf grössten Fraktionen im Landrat) und trifft sich einmal im Monat am Mittwochnachmittag sowie zusätzlich an zwei ganzen Tagen pro Jahr. Der Bildungsrat nimmt zu allen wichtigen Fragen im Bildungswesen Stellung. Interessierte melden sich bis Mitte Oktober beim Sekretariat (info@sp-bl.ch).



Regierungsrats- und Landratskandidat:innen nach der Nomination an der Wahldelegiertenversammlung vom 20. August 2022.

Der Wahlkampf hat begonnen: Wir ergreifen Partei für ein fortschrittliches Baselbiet

Bei den Wahlen am 12. Februar 2023 entscheidet sich die nähere Zukunft des Baselbiets. Als SP treten wir an für sozialen und ökologischen Fortschritt. Wir ergreifen Partei für flächendeckende Kita-Plätze, für einen wirksamen und sozial gerechten Klimaschutz, für soziale Sicherheit und für gute Schulen. So schaffen wir eine lebenswerte Zukunft für alle im Baselbiet. Damit uns dies gelingt, brauchen wir motivierte Kandidat:innen, ein überzeugendes Programm und den aktiven Einsatz aller Genoss:innen während des Wahlkampfs.

Am 20. August haben wir an der Wahl-Delegiertenversammlung in Gelterkinden unsere Kandidat:innen für die Landratswahlen nominiert. Dank vielen aktiven und engagierten Genoss:innen werden wir auch bei diesen Wahlen wieder in allen Wahlkreisen mit vollen Listen antreten können. Durch das ausgeglichene Geschlechterverhältnis auf unseren Listen und dadurch, dass rund ein Drittel aller Kandidierenden unter 30-jährig ist, repräsentieren die Kandidat:innen der SP die Baselbieter Bevölkerung.

Unser Programm: Fortschritt fürs Baselbiet

An der Wahl-Delegiertenversammlung haben wir zudem unser Wahlprogramm – das Fortschrittsprogramm – diskutiert und ver-

abschiedet. Darin zeigen wir in 15 thematisch gegliederten Kapiteln auf, wie wir das Baselbiet fortschrittlich gestalten wollen. Keine andere Partei hat ein so umfassendes Wahlprogramm wie wir. Nun gilt es, den Wahlkampf zu nutzen, um unsere Ideen für ein fortschrittliches Baselbiet der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Denn Wahlen gewinnt man mit Inhalten und wir haben ein konkretes, solidarisches und nachhaltiges Angebot an alle Baselbieter:innen.

Wir sind bereit

Am 3. September fand der Wahlparteitag statt. Im Regierungsgebäude in Liestal bereiteten sich die Kandidierenden auf die Wahlen vor, tauschten sich aus und knüpften Kontakte untereinander. Der Wille, bei

den Wahlen zuzulegen, war spürbar und die Stimmung gut. Alles in allem also beste Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wahlkampf!

Im Dialog mit der Bevölkerung

Als SP machen wir Politik für und mit den Menschen. Das bedeutet für uns: Wir sprechen mit der Bevölkerung, nicht über sie. Deshalb haben wir anfangs September eine Bevölkerungsumfrage gestartet. Alle Baselbieter:innen erhielten Post von der SP. Wir wollten von ihnen wissen, wo der Schuh drückt und was sie von uns erwarten. Das Resultat ist umwerfend: Viele Baselbieter:innen haben sich an der Umfrage beteiligt, die Rückmeldungen sind positiv. Nun gilt es, die Wahlen zu gewinnen, damit wir unsere Ideen umsetzen können und die Anliegen der Bevölkerung gegenüber dem Lobbyismus der Bürgerlichen mehr Gewicht bekommen.

Wir freuen uns auf den gemeinsamen Wahlkampf mit euch!

*Miriam Locher, Präsidentin SP BL
Nils Jocher, Vizepräsident SP BL
Jonas Eggmann, Vizepräsident SP BL*

AGENDA SP BL

- 18. Oktober 2022, **Sessionsbericht**
Schulhaus Gründen Muttenz, 19.30 Uhr
- 21. Oktober 2022
Veranstaltung: Soziale Sicherheit in Reinach
Reinach (Infos folgen), 19.30 Uhr
- 29./30. Oktober 2022,
Parteitag SP Schweiz
Basel
- 25. Oktober 2022, **Koordinationskonferenz**
Markthalle Basel, 19.15 Uhr
- 2. November 2022, **Veranstaltung:
Bauboom in der Agglomeration**
Schlosschäler Aesch, 19.30 Uhr
- 21. November 2022, **Veranstaltung:
Bevölkerungsentwicklung**
Pratteln (Infos folgen), 20 Uhr

FÜR EIN LEBENSWERTES BASELBIET



WIR
ERGREIFEN
PARTEI.



bisher
Kathrin Schweizer

Thomas Noack

in die Regierung

Unsere Regierungsratskandidat:innen, Kathrin Schweizer und Thomas Noack, wurden bereits im Juni nominiert und befinden sich seither im Wahlkampf. Wir haben nachgefragt, wie es ihnen dabei geht.

Ihr habt euch dazu entschieden, für den Regierungsrat zu kandidieren bzw. zur Wiederwahl anzutreten. Was ist eure Motivation?

Kathrin: Seit gut drei Jahren bin ich Sicherheitsdirektorin. Die Aufgabe in der Kantonsregierung erfüllt mich mit viel Freude. Für mich ist klar, Sicherheit muss umfassend gedacht werden. Es geht nicht nur um die polizeiliche Sicherheit, sondern auch um die soziale Sicherheit. Das Baselbiet soll sicher bleiben, sei es zu Hause, im öffentlichen oder Cyberraum und im Verkehr.

Thomas: Ich bin im Baselbiet aufgewachsen und habe hier viel von einem guten Bildungsangebot und guter Infrastruktur profitiert. Das war nur dank einer starken öffentlichen Hand möglich. Mit meiner Arbeit – politisch und beruflich – möchte ich gerne der Gesellschaft etwas davon zurückgeben, in Zukunft auch als Regierungsrat.

Thomas, welche Direktion würdest du am liebsten übernehmen und wieso?

Thomas: Als ich Gemeinderat in Bubendorf wurde, habe ich bewusst die Finanzen gewählt – auch und gerade weil ich nicht Ökonom bin. Selbstverständlich würde ich auch im Kanton gerne für die Finanzpolitik zuständig sein. Ich gehe aber davon aus, dass diese Direktion nicht zur Verfügung stehen wird. Ich werde mich aber mit grosser Freude und Engagement in jede andere Direktion einarbeiten.

Kathrin, willst du nach der Wiederwahl weiterhin die Sicherheitsdirektion leiten?

Kathrin: Ich bin mit sehr viel Freude Sicherheitsdirektorin und ich trete auch als Sicherheitsdirektorin an. In der Sicherheitsdirektion sind wir immer ganz nahe bei den Menschen, die sich oft in schwierigen Lebenslagen befinden. Wir bearbeiten spannende Themen und ich kann mich auf viele tolle Mitarbeiter:innen verlassen. Ob es nach

den Wahlen zu Direktionswechseln kommen wird, wird sich weisen, abhängig davon, welche fünf Personen im Regierungsrat vertreten sind.

Welche grösseren Projekte stehen in der Sicherheitsdirektion in der nächsten Legislatur an, die dir besonders am Herzen liegen?

Kathrin: Eine Herzensangelegenheit ist die familienergänzende Betreuung, bei der wir im Baselbiet im interkantonalen Vergleich an zweitletzter Stelle stehen. Damit sind auch der Regierungsrat und der Landrat nicht zufrieden und darum konnte ein Projekt mit den betroffenen Direktionen unter Federführung der Sicherheitsdirektion lanciert werden. Das braucht etwas Zeit, aber ich bin zuversichtlich, dass wir eine deutliche Verbesserung erreichen werden.

Wie wollt ihr die grossen Herausforderungen der Klimakrise und der Energieversorgung bzw. des drohenden Energiemangels als Regierungsmitglieder angehen?

Thomas: Um die Klimakrise zu bewältigen, braucht es deutlich mehr Entschiedenheit der Regierung. Neben einem konkreten Ablaufdatum für Öl- und Gasheizungen ist mir die Bereitstellung von finanziellen Ressourcen zur Finanzierung von Ersatzmassnahmen ein wichtiges Anliegen – sei es über einen Klimafonds, über günstige Kredite oder Bürgschaften. Wir müssen Anreize setzen, auch über Gelder aus der Kantonskasse.

Kathrin: Mit dem kantonalen Führungsstab (früher Krisenstab) hat die Sicherheitsdirektion eine Organisation, die sorgfältig die Reaktion auf eine allfällige Energiemangelanlage plant. Das ist die kurzfristige Reaktion. Es ist aber zentral, dass wir mittel- und langfristig unsere Abhängigkeit vom Gas und Atomstrom reduzieren. Das geht nur mit einem rasanten Ausbau der erneuerbaren Energien.

Welche Lektüre beschäftigt euch aktuell?

Kathrin: Ich habe in den Sommerferien endlich das Buch «Unsichtbare Frauen» von Caroline Criado-Perez gelesen und kann es allen wärmstens empfehlen. Crash-Test-Dummies werden auf den Körper eines durchschnittlichen Mannes abgestimmt, darum sind Frauen in Fahrzeugen schlechter geschützt. Das ist vielleicht bereits bekannt. Aber es gibt viele weitere Bereiche, wo der durchschnittliche Mann als Modell für die gesamte Bevölkerung verwendet wird. Von Handys, die wegen ihrer Grösse von Frauen meistens nicht einhändig bedient werden können, über Medikamententests bis zur Raumplanung etc.

Thomas: Ich habe kürzlich mit grossem Spass das Büchlein «Primitivo» von Pedro Lenz gelesen. Es beschreibt, wie ein Maurerlehrling mit den Erinnerungen an seinen verstorbenen Freund und Vorarbeiter «Primitivo» die Welt mit allen ihren Facetten sieht. Allen, die Berndeutsch lesen, kann ich die Lektüre nur empfehlen.

Wie kann man euch bei eurem Wahlkampf unterstützen?

Kathrin und Thomas: Wahlkampf ist immer eine Teamleistung. Wir freuen uns über viele neue Mitglieder im Komitee, Unterstützer:innen bei den Telefonaktionen, viele Teilnehmer:innen an den Veranstaltungen und natürlich auch über eure finanzielle Unterstützung. Uns beiden ist es wichtig, als Team gemeinsam für mehr Sozialdemokratie in der Regierung anzutreten.

Hier für den
Wahlkampf spenden
sp-bl.ch/spenden



**Unterstütze Kathrin und Thomas mit einer Spende: Komitee Kathrin Schweizer und Thomas Noack in den Regierungsrat
IBAN: CH63 0076 9431 5610 8200 1**

AUS DEM LANDRAT

Neue Führungsstrukturen in der Volksschule

Während neun Monaten wurde in der Bildungskommission über die Führungsstrukturen an kommunalen und kantonalen Schulen beraten. Das Ergebnis ist ein breit abgestützter Kompromiss, der massgeblich von der SP geprägt wurde. Gegenüber den ursprünglichen Vorlagen konnten weitreichende Verbesserungen erzielt werden. Die Schulräte werden vor einem Bedeutungsverlust bewahrt und nehmen weiterhin ihre Funktion als Bindeglied zwischen Bevölkerung und Schulen wahr. Schulräte können sich künftig voll und ganz auf ihre strategischen Aufgaben konzentrieren, die Schulen werden operativ von den Schulleitungen geführt.



Ernst Schürch, Landrat

Kompetenzverlust abgewendet

Seit die zwei Vorlagen zur Vernehmlassung freigegeben wurden, haben sie deutliche Verbesserungen erfahren. Der anfänglich befürchtete umfangreiche Kompetenzverlust der Schulräte konnte abgewendet werden. Schulräte haben auch in Zukunft weit mehr Kompetenzen, als dies vom Regierungsrat anfänglich beabsichtigt war. Sie haben ein Mitentscheidungsrecht bei der Anstellung von Schulleitungen und nehmen am Mitarbeitendengespräch mit diesen teil. Als Rekursinstanz sind sie zudem für schüler:innenbezogene Anliegen zuständig. Dass die Schulräte diese Kompetenzen weiterhin haben, ist vor allem dem Einsatz der SP-Fraktion zu verdanken.

SP wird Umsetzung kritisch begleiten

Kritisch beurteilt die SP die neu geschaffene Möglichkeit, dass kommunale Schulen zukünftig strategisch durch den Gemeinderat geführt werden können. Dies könnte in Gemeinden mit knappen finanziellen Mitteln dazu führen, dass es zu Sparübungen kommt, da Gemeinderäte ohne Mitsprache von Schulräten entscheiden können. Vor diesem Hintergrund wird die SP die Einführung des neuen Modells genau beobachtet und falls nötig auch korrigierend eingreifen. Es darf nicht sein, dass die Chancengerechtigkeit untergraben wird, indem einige kommunale Schulen weniger Mittel zur Verfügung haben als andere.

AUS DEM GROSSEN RAT

Mehr Kaufkraft für den unteren Mittelstand

Der Grosse Rat hat ein Steuersenkungspaket verabschiedet. Die SP-Fraktion hat der Vorlage zugestimmt, weil auch der untere Mittelstand und Familien deutlich davon profitieren. Dabei musste sie die Senkung der Vermögenssteuer schlucken. Angesichts der aktuellen Kaufkraftverluste beurteilte die Fraktion die Vorlage per saldo als positiv.

Pascal Pfister,
Mitglied der WAK

Höherer Krankenkassen-Abzug und Sozialabzug

Das Paket umfasst höhere Krankenkassen-Abzüge (Kosten: 22 Mio. CHF) und den von der SP geforderten höheren Sozialabzug (12 Mio. CHF). Dazu kommt eine generelle Senkung des Steuersatzes (48 Mio. CHF). Diese Senkung spüren die tieferen und mittleren Einkommen direkt im Portemonnaie. Die Erhöhung des Abzuges für Kinder und Fremd-

betreuung (10 Mio. CHF) unterstützt zudem Familien.

Eine alleinstehende Person mit einem Brutto-Einkommen von knapp 4000 CHF zahlt künftig 16 Prozent weniger Steuern (400 CHF), eine vierköpfige Familie mit familienergänzender kostenpflichtiger Betreuung und einem Einkommen von 8000 CHF spart sogar 84 Prozent (2500 CHF). Eine sehr willkommene Unterstützung angesichts steigender Konsument:innenpreise. Jetzt sind die Arbeitgebenden mit Lohn-erhöhungen am Zug.

Spielraum für wichtige Investitionen bleibt vorhanden

Angesichts der bürgerlichen Mehrheit im Parlament konnte die SP-Fraktion eine aus ihrer Sicht unnötige zusätzliche Senkung für hohe Einkommen und Vermögen nicht verhindern (20 Mio. CHF) – Topver-

dienende und Vermögende erhalten diesen Teil exklusiv, auch wenn sie von den anderen Senkungen ebenfalls mit profitieren. Damit die oben dargelegten sehr positiven Änderungen für Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen bald in Kraft treten können, stimmte die SP-Fraktion dem Kompromiss dennoch zu.

Die SP betont: Auch mit diesem Steuerpaket bleibt im Haushalt des Kantons genügend Spielraum für weitere wichtige Investitionen. Die Einnahmeausfälle dürfen nicht in eine bürgerliche Abbaupolitik münden. Die SP wird die bürgerliche Steuersenkungsmehrheit daran erinnern, wenn sich diese unverzichtbaren Investitionen in Klimaschutz und -anpassung, in Sorgearbeit (Betreuung von Kindern, Kranken und Alten) sowie bezahlbaren Wohnraum entgegenstellt.